

Presseerklärung

der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Brandenburg



Potsdam, 16. 12. 2020

Der Landesvorstand der GEW Brandenburg zur aktuellen Situation in den Kitas und Schulen: Sofortige Untersagung der Präsenzangebote notwendig!

1. Die aktuelle Situation in den Kitas und Schulen ist besorgniserregend und nicht mehr verantwortbar. Das Ignorieren des realen Infektionsgeschehens in den Bildungseinrichtungen, die bewusste Verzögerungsstrategie zur Verhinderung rechtzeitiger Entscheidungen und das Fehlen einer kurz- und mittelfristigen Strategie gefährden die Gesundheit aller Beteiligten und haben zu einem Wirrwarr und Chaos in den Kitas und Schulen im Land Brandenburg geführt. Es ist dadurch verhindert worden, dass der Bildungsbereich seinen notwendigen und unverzichtbaren Beitrag zur wirksamen Eindämmung der Pandemie leisten kann. Anstatt klarer Vorgaben zur Eindämmung der Pandemie für die Kitas und Schulen herrschen die Prinzipien „Hoffnung, dass es nicht so schlimm kommen wird!“ und „Augen zu und durch!“ bei der Hausleitung des MBS vor. Statt politischer Führung und klarer Vorgaben wird die Verantwortung auf die Kitas und Schulen abgewälzt. Mit diesem Politikansatz kann die Pandemie nicht wirklich eingedämmt und bekämpft werden. Das Gegenteil ist der Fall! Man riskiert bewusst die Gesundheit aller Beschäftigten, erhöht das Infektionsrisiko in den Kitas und Schulen, produziert Chaos vor Ort und verschärft zugleich die Arbeitsbelastungen der Kolleginnen und Kollegen. Die aktuelle Situation in den Kitas und Schulen ist das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen am „grünen“ Tisch. Wir sind in einer Situation, wo durch politische Fehlentscheidungen ein systemisches Versagen nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Die politischen Entscheidungen und Vorgaben der Hausleitung des MBS konterkarieren das Engagement der Beschäftigten vor Ort. Eine Fortsetzung dieser Politik gefährdet auch den notwendigen Konsens, sinnvolle und manchmal auch schwierige Entscheidungen gemeinsam zu tragen. Die GEW Brandenburg erwartet und fordert den Ministerpräsidenten auf, seine Richtlinienkompetenz wahrzunehmen und politische Entscheidungen zu treffen, die einen wirksamen Beitrag zur Pandemiebekämpfung auch im Bildungsbereich ermöglichen und somit der Situation angemessen sind.
2. Die GEW Brandenburg erwartet, dass die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts zur Eindämmung der Pandemie konsequent in den Kitas und Schulen des Landes Brandenburg angewandt werden. Es ist mit sofortiger Wirkung der Präsenzunterricht zu untersagen und in den Kitas und Schulen nur noch eine Notbetreuung anzubieten. Zugleich ist festzulegen, dass nur bei einer spürbaren Absenkung des Inzidenzwertes unter 50 wieder Formen des Präsenzunterrichtes bei reduzierten Klassen- und Gruppengrößen verantwortbar realisiert werden können und dürfen. Grundsätzlich müssen bei einem Inzidenzwert ab 50 Formen des Distanzlernens zwingend angeboten und umgesetzt werden.
3. Die GEW Brandenburg warnt vor einer voreiligen Rückkehr zu den Präsenzangeboten nach Ende der Weihnachtsferien und vor einer entsprechenden Diskussion. Es sind rechtzeitig vorsorgliche Entscheidungen über die notwendigen Rahmenbedingungen für die Organisation der Angebote und die Sicherung der Qualität des Distanzlernens durch das MBS zu treffen. Eine bereits heute praktizierte Ankündigungspolitik der Hausleitung des MBS und von Teilen der Kultusministerkonferenz, die Kitas und Schulen nach dem 10. Januar 2021 schnell wieder und um jeden Preis in den Regelbetrieb zurückkehren zu lassen, ist die Fortsetzung der aktuellen Politik. Dies ist gesundheits- und bildungspolitisch nicht hinnehmbar und nicht verantwortbar. Es ist davon auszugehen, dass die Einschränkungen im Bildungsbereich und die Angebote des Distanzlernens bis mindestens zu den Winterferien unverzichtbar sind.

GEW Brandenburg

Postanschrift: Postfach 60 07 69 • 14407 Potsdam • Hausanschrift: Alleestraße 6 A • 14469 Potsdam

Telefon: (0331) 27184 – 0 • Fax: (0331) 27184 – 30

Internet: <http://www.gew-brandenburg.de> • E – mail: info@gew-brandenburg.de

4. Konkret fordert die GEW Brandenburg für die Zeit bis und nach den Weihnachtsferien u. a.:
- **sofortige Untersagung des Präsenzunterrichts und des Offenhaltens der Kitas**
 - **keine Rückkehr zum normalen Präsenzunterricht für alle Schulformen und Schulstufen ab dem 10. Januar 2021 bei einem Inzidenzwert ab 50**
 - **drastische Reduzierung der Klassen-, Gruppen- und Kursgrößen**
 - **Maßnahmen zur Absicherung der notwendigen Notbetreuung in eindeutiger Verantwortung der zuständigen Trägerstrukturen und unterstützende Maßnahmen durch das Land**
 - **klare Vorgaben des MBS zur Sicherung und Gewährleistung der Qualität der Bildungsangebote in Distanzform und der schulischen Abschlüsse, ohne dabei die Gesundheit der Beteiligten zu gefährden.**
5. Die GEW Brandenburg bekräftigt ihre Position, dass in dieser Phase der Pandemie alle Maßnahmen zur Wahrung und Wiederherstellung der Gesundheit absolute Priorität haben müssen. Wir lehnen das Gegeneinanderstellen des Rechts auf Gesundheit und deren Wahrung gegen das Recht auf Bildung, wie es von der Hausleitung des MBS in dieser Pandemie favorisiert wird, strikt ab! Die unverzichtbaren und notwendigen Maßnahmen zur wirksamen Pandemiebekämpfung oder deren Verhinderung eignen sich weder zur parteipolitischen Instrumentalisierung im heraufziehenden Bundestagswahlkampf noch für eine Profilierung für zeitlich befristete Ämter auf Bundesebene.